

29.09.2012

Brechen macht auch nicht mit

Von Bernhard Trost

In der jüngsten Sitzung der Brechener Gemeindevertretung stimmten die Gemeindevertreter in freigegebener Abstimmung gegen die Einführung eines gemeinsamen Ordnungsamtsbezirks mit den Gemeinden Selters und Bad Camberg, und zwar denkbar knapp. Zehn Gemeindevertreter hatten gegen den Vertrag gestimmt, sieben waren dafür und drei enthielten sich der Stimme. Dabei war es nicht einmal um grundsätzliche Bedenken oder Gegensätze gegangen, sondern allein um die Nebenbestimmung der zeitlichen Befristung im Vertrag.

Zu tief sitzt offenbar bei den Gemeindevertretern die Erinnerung an die zermürenden Verhandlungen um die Kindergartenverträge mit dem Bischöflichen Ordinariat, die bekanntlich vor wenigen Monaten mit dem Ausstieg der Gemeinde aus dem "Zweckverband" endeten. FBH-Fraktionsvorsitzender Gerd Roos machte es in seiner Positionsbeschreibung auch ganz deutlich: "Ich hatte gedacht, die Zeit des Diktats von Verträgen ist vorbei, seit dem wir aus den Verträgen mit der Kirche ausgetreten sind."

Damit sprach er die Festlegung der Dauer der Einstellung eines Hilfspolizeibeamten an, die im Vertragsentwurf von der Stadt Bad Camberg mit acht Jahren festgelegt wurde. Diese Laufzeit der zu schließenden Vereinbarung ist nach dem weiteren Vertragstext nicht verhandelbar.

Ruf nach Überwachung

Bürgermeister Werner Schlenz (parteilos) hatte zuvor zusammengefasst. Danach hatte es in der Gemeinde Brechen seit Jahren Beschwerden über Verkehrsverstöße gegeben und der Ruf nach dauerhafter Überwachung des fließenden und des ruhenden Verkehrs war immer lauter geworden. Ein ähnliches Bild zeichnete sich in den Nachbargemeinden Selters und Hünfelden ab. Im Zuge allgemeiner Sparbemühungen wurden Verhandlungen der drei Gemeinden mit der Stadt Bad Camberg geführt mit dem Ziel, eventuell einen gemeinsamen Ordnungsamtsbezirks zu begründen. Die Verhandlungen und Gespräche verliefen positiv, so dass die vertraglichen Vorstellungen zusammengetragen wurden.

Hünfelden ist allerdings zwischenzeitlich ausgestiegen, weil es nach den dortigen Gegebenheiten sachdienlicher erschien, einen eigenen Hilfspolizeibeamten einzustellen. Der Beschluss der Gemeinde Brechen, der am 4. September getroffen wurde, sah allerdings vor, dass der Einstellungsvertrag mit dem neuen Hilfspolizeibeamten nach drei Jahren kündbar ist. Nach dem weiteren Text soll der Bürgermeister der Stadt Bad Camberg nach diesen drei Jahren einen Bericht über die Leistungen und Erfahrungen vorlegen, damit danach über eine Leistungserweiterung bzw. Vertragsverlängerung von den drei Kommunen Bad Camberg, Selters und Brechen entschieden werden kann.

Deshalb acht Jahre

Nach dem weiteren Vortrag von Schlenz macht die Stadt Bad Camberg nachvollziehbare Gründe für die

gewählte Zeitdauer von acht Jahren geltend. So werde versucht, einen bereits ausgebildeten und erfahrenen Hilfspolizisten für die auszuschreibende Stelle zu finden. Entsprechende Anfragen seien bereits mehrfach beim Ordnungsamt der Stadt Bad Camberg eingegangen. Ein solcher Mitarbeiter, der bereits in einem unbefristeten Arbeitsverhältnis mit einer anderen Kommune stehe, werde sich nicht auf eine kurzzeitig befristete Beschäftigung in Bad Camberg einlassen. Zum zweiten wird der voraussichtlich als nächster in den Ruhestand zu verabschiedende Hilfspolizist der Stadt seinen aktiven Dienst frühestens in acht Jahren beenden. So lange trägt die Stadt also allein das Risiko für die Übernahme der Personalkosten.

Die Vertragsvereinbarung wird übrigens von der Gemeinde Selters akzeptiert. Für die Umsetzung der Vereinbarung fehlte nur noch der entsprechende Beschluss von Brechen. Doch der blieb aus.

Gegenposition: Drei Jahre

Dem Vertrag könne er persönlich nur zustimmen, wenn dieser auf die von der Gemeinde Brechen vorgesehene Befristung von drei Jahren abgeändert werde, so Gerd Roos von der FWG. Sebastian Frei von der CDU stieß ins gleiche Horn. Er und die Fraktion seien erstaunt über die Laufzeit der Vereinbarung, die von der Stadt Bad Camberg den beteiligten Kommunen einfach aufoktroziert werde. Es sei nicht erkennbar, welche Ressentiments Bad Camberg gegen eine kürzere Laufzeit mit besseren Reaktionsmöglichkeiten habe. Er stimme ausdrücklich für den gemeinsamen Ordnungsbehördenbezirk, aber gegen die Befristung von acht Jahren.

Werner Schlenz erinnerte daran, dass Bad Camberg das Personal, die Radaranlage, die Fahrzeuge und das Know-how in die Waagschale einlege. Eventuell könne man den kleinen Wermutstropfen wegstecken.

Sebastian Frei wollte davon nichts wissen. Die Vorstellungen von Bad Camberg seien nicht partnerschaftlich sondern diktiert. Das lasse er mit sich nicht machen.

Markus Roth von der BWG leuchtete demgegenüber die Argumentation von Bad Camberg ein. Im Übrigen sei das Risiko bei einer längeren Laufzeit "verdaubar", wenn man davon ausgehe, dass der neue Beamte nach Einwohnerzahl und Einsatzstunden in der jeweiligen Kommune bezahlt wird, so gerechnet etwa 20 Prozent auf Brechen entfielen. Stefan Göbel von der FWG konnte ebenfalls die Bad Camberger Argumente nachvollziehen und erklärte seine Zustimmung zur achtjährigen Vereinbarung.

Dann wurde die Sitzung zur Besprechung der Fraktionsmitglieder untereinander unterbrochen. Danach rief die Vorsitzende der Gemeindevertretung, Christel Höhler-Heun, zur Abstimmung auf. Die Auszählung nahm sie alsdann sicherheitshalber zwei Mal vor. Aber an dem besonders für den Bürgermeister enttäuschenden Ergebnis änderte sich dadurch nichts. Die Frage aus der Runde, was nun zu veranlassen sei, beantwortete Schlenz mit dem Satz: "Ich habe ausreichend verhandelt. Punkt."

Zwölf Verhandlungen

Wie nach der Sitzung zu erfahren war, hat Bürgermeister Schlenz etwa zwölf Verhandlungen in dieser Sache hinter sich. Er äußerte dann auch seine Enttäuschung, dass die Gemeindevertretung ihm mehrheitlich durch die unnötige Befristung der Maßnahme vermutlich die Grundlage für die Erfüllung seiner Aufgaben als Leiter der Ortpolizeibehörde versagt hat.

© 2012 Nassauische Neue Presse